

Sabotage: Licht aus auf der Krim

Unbekannte sprengen Strommasten und provozieren die Führung in Russland

VON ANDREAS STEIN UND WOLFGANG JUNG (beide dpa)

Von Russland annektiert, aber von der Ukraine abhängig: Ohne Energie vom Festland geht auf der Krim fast nichts. Nach der Sprengung von Strommasten ruft die Halbinsel den Notstand aus. Wer steckt hinter dem spektakulären Sabotageakt?

KIEW – Der zerstörte Strommast liegt auf einem Acker im Süden der Ukraine. Durch die Kabel, die von hier aus auf die Halbinsel Krim führen, fließt keine Energie mehr. Mit Sprengsätzen haben Unbekannte den Mast zu Fall gebracht. Auf der vom Stromnetz abgeschnittenen Halbinsel wird der Notstand ausgerufen. Die Führung der Krim erklärt den Montag wegen des Energiemangels zum arbeitsfreien Tag. Zuletzt war es bei Verhandlungen still geworden um das von Russland annektierte Gebiet. Die Sabotage könnte die Krim wieder stärker ins Bewusstsein rücken.

Schlagartig sei der Strom weg gewesen, schildern russische Medien den „Blackout“. Internet, Fernsehen, Heizung: Nichts geht mehr unmittelbar nach dem Anschlag. Rund zwei Millionen Menschen auf der Krim sitzen im Dunkeln. Zwar springen in Kliniken und Flughäfen Notstromaggregate an. Auch Radiostationen sind für wichtige Durchsagen mit Strom versorgt. Diesellgeneratoren und mobile Gasturbinen bringen bald einen Teil der Elektrizität zurück. Das kann aber nicht die 70 Prozent Energie ersetzen, die normalerweise durch vier Leitungen vom ukrainischen Festland auf die Halbinsel fließen.

Der Sabotageakt kommt nicht aus heiterem Himmel. Im Oktober hatte es seinen ersten Anschlag gegeben. Ganz deutlich wurde die Gefahr am vergangenen Freitag, als unweit der Grenze zur Halbinsel zwei Strommasten nach Explosionen stürzten – zu Fall gebracht vermutlich durch Antipanzernminen. In zwei anderen Masten bei Tschapljnyka klafften Löcher im Metall, ebenfalls von Detonationen. Aktivisten befestigten, wie an einer Trophäe, ukrainische Flaggen und eine Krimtataren-Fahne daran und behinderten die Reparaturtrupps.

Seit mehr als zwei Monaten blockieren Angehörige der Minderheit der



Auch in diesem Elektrowaren-Geschäft in Simferopol ging nichts mehr: Die Stromverbindung zur Halbinsel Krim war stundenlang unterbrochen. Foto: Reuters

Krimtataren und ukrainische Nationalisten Warentransporte auf die Halbinsel. Sie fordern von der prowestlichen Führung in Kiew auch das Kapfen der Stromversorgung. Damit soll die Freilassung gefangener Ukrainer in Russland und das Ende von Einreiseverböten gegen krimtatarische Politiker erreicht werden.

Unbequemes Thema

In einer Umfrage sprechen sich 48 Prozent der Ukrainer für eine Energieblockade der Region aus. Dies lehnt die Regierung in Kiew aber ab. Sie kritisiert zwar Russland für die 2014 erfolgte Annexion der Krim, die auch Kanzlerin Angela Merkel als „verbrecherisch“ geißelt. Sonst meidet die ukrainische Führung aber das unbequeme Thema.

Am Samstag rückt die Polizei bei den Strommasten an, die auf freiem Feld zwischen ein paar Büschen stehen. Sicherheitskräfte fordern die Demonstranten zum Abzug auf – die sturzgefährdeten Stromleitungen seien gefährlich. Die Atmosphäre ist gela-

den. Es gibt Wortgefechte und Rangelien, dann angeblich eine Einigung: Reparaturteams sollen durchgelassen werden, heißt es.

Doch wenig später stürzen die Masten. „Gerade eben war bei Tschapljnyka eine Explosion zu hören. Die beschädigten Masten wurden gesprengt“, schreibt der Journalist Osman Paschajew bei Facebook. Ilja Kiwa von der Polizei bestätigt den Schaden. Die Verantwortung für die Sprengung übernimmt aber niemand.

Und die Polizei weist Vorwürfe zurück, sie habe die Stromleitungen nur halbherzig bewacht und damit den Anschlag begünstigt. Nur eins ist zunächst sicher: Die Krim steht ohne Strom da.

Der Kreml arbeitet derzeit mit Hochdruck an der Errichtung einer Stromleitung vom russischen Festland zur Krim. Wie es heißt, soll ein chinesisches Spezialschiff bereits seit Wochen mit der Verlegung eines Kabels beschäftigt sein. Nach dem „Blackout“ dürfte Moskau die Arbeiten beschleunigen.

Mann ohne Gnade

Steckt der „Unfassbare“ hinter dem Terror von Mali?

VON JAN KUHLMANN (dpa)

Mokhtar Belmokhtar ist mehrfach für tot erklärt worden – und immer wieder aufgetaucht. Der Al-Kaida-Führer soll für den Angriff in Mali verantwortlich sein. Das wäre zugleich eine Kampfansage an den IS.

BAMAKO – Libyens Regierung in der Stadt Tobruk zeigte sich im Juni ganz sicher – so sicher jedenfalls, dass sie eine Erklärung veröffentlichte. Mokhtar Belmokhtar, weltweit gesuchter Terrorist und Al-Kaida-Führer, sei bei einem US-Luftangriff im Osten Libyens getötet worden, hieß es. Washington wollte die Meldung nicht bestätigen, und auch die libysche Führung blieb Beweise schuldig.

Wohl aus gutem Grund: Denn offenbar lebt Belmokhtar noch. Als Anführer der Terrorgruppe Al-Murabitun soll er für den Angriff auf das Hotel in der malischen Hauptstadt Bamako verantwortlich sein. Arabische Medien meldeten am Freitagabend, die Organisation habe sich zu dem Attentat bekannt und dabei mit der Gruppe Al Kaida im Islamischen Maghreb (AQIM) zusammengearbeitet.

Sollte das stimmen, muss der Angriff in Mali auch im Zusammenhang



Gefürchteter Al-Kaida-Anführer: Mokhtar Belmokhtar. Foto: afp

mit den Attentaten der Terrormiliz Islamischer (IS) in Ägypten, Beirut und Paris gesehen werden. Al Kaida und der IS teilen dieselbe radikale Ideologie und waren einst verbündet. Mittlerweile bekämpfen sie sich und ringen um die Vorherrschaft im Kampf gegen die „Kreuzfahrer“.

Mit klaren Vorteilen für den IS: Er beherrscht riesige Gebiete in Syrien und im Irak und errichtet dort unter dem Propagandanamen „Islamisches Kalifat“ so etwas wie einen Staat. Davon konnte Al Kaida selbst zu seinen stärksten Zeiten unter Osama bin Laden nur träumen.

Al Kaida dagegen hat deutlich an Einfluss verloren. Während der IS mit professionell produzierten Videos seine Anhänger begeistert, langweilt

Grünen-Basis stärkt Real-Politikern den Rücken

Özdemir und Peter bleiben an der Spitze — Flüchtlinge, Sicherheit und Klima als Schwerpunkte auf Parteitag

HALLE – Die Grünen wollen mit Rückenwind für den „Realo“-Flügel der Partei die Macht in den Ländern verteidigen und einen Politikwechsel im Bund einleiten.

Der Parteitag in Halle stärkte am Wochenende den Pragmatikern und Real-Politikern um den wiedergewählten Vorsitzenden Cem Özdemir den Rücken. Simone Peter vom linken Flügel wurde als Co-Chefin, wie erwartet, ebenfalls bestätigt, allerdings mit

einem Dämpfer. Peter erhielt nur 68 Prozent; im Vergleich zu ihrer letzten Wahl im Oktober 2013 verlor die 49-Jährige knapp acht Prozentpunkte. Der gleichaltrige Özdemir wurde mit 76,9 Prozent der Stimmen wiedergewählt, ein Plus gegenüber seinen 71,4 Prozent von 2013.

Militäreinsätze denkbar

Das Spitzenduo will in den nächsten zwei Jahren mit einem „knallgrünen“ Programm bei den Wahlen antre-

ten und sich vor allem in der Flüchtlings- und Sicherheitspolitik sowie beim Klimaschutz von Schwarz-Rot abgrenzen. Schärferen Terrorgesetzen wird eine Absage erteilt, Militäreinsätze im Zuge der Terrorbekämpfung werden aber nicht kategorisch abgelehnt. Punkten wollen die Grünen auch mit Arbeitszeitmodellen und einem erweiterten Elterngeld.

Bei der Zuwanderung wird der Forderung nach Obergrenzen auf nationaler oder europäischer Ebene eine Absa-

ge erteilt. Zugleich betont der Parteitag: „Dabei ist klar, dass nicht alle, die in Deutschland Asyl beantragen, auch bleiben können.“

Außerdem wollen die Grünen in allen Texten ein sogenanntes Gender-Sternchen verwenden. Mit Schreibweisen wie Bürger*innen oder Student*innen soll verdeutlicht werden, dass nicht nur Männer und Frauen gemeint sind, sondern auch Menschen, die sich keinem Geschlecht zuordnen wollen. dpa/afp

Kontingente sollen Flüchtlinge bremsen

CDU und SPD wollen Lösung gemeinsam mit den EU-Partnern

BERLIN – Im Streit mit der CSU über eine Begrenzung der Flüchtlingszahlen dringt die CDU auf eine Lösung mit festen Kontingenten.

Auch die SPD plädiert für solche international vereinbarten Festlegungen. CSU-Chef Horst Seehofer erneuerte aber den Ruf nach einer deutlichen Obergrenze. Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) erklärte, in Zukunft sollte Europa ein großzügiges Flüchtlingskontingent aufnehmen. „Ein Kontingent bedeutet automatisch eine Begrenzung der Anzahl von Flüchtlingen“, sagte er *Bild am Sonntag*. Gleichzeitig müssten die Außengrenzen der Europäischen Union strikt geschützt werden. „Dann entfällt auch das Geschäft der Schleuser.“ Ein ähnliches Konzept hatte de Maizière bereits im September vorgeschlagen.

Unter Kontrolle

SPD-Fraktionschef Thomas Oppermann sagte, mit einer Kontingentlösung könne die Aufnahme von Flüchtlingen unter Kontrolle gebracht werden. „Der Deutsche Bundestag sollte in Abstimmung mit der Europäischen Union und dem UNHCR jedes Jahr aufs Neue über die Größe der Kontingente von Flüchtlingen entscheiden, die wir aufnehmen können“, sagte er dem *Tagesspiegel am Sonntag*. Dass immer noch Tausende völlig unkontrolliert einreisen könnten, sei nicht hinnehmbar. dpa

Wie Renditejäger die Klimakatastrophe fördern

Nürnberger Architekt zeigt ausgerechnet in einem Thriller auf, warum der Abschied vom Öl so schwer ist

VON DIETER SCHWAB

Kann ein Architekt einen guten Thriller schreiben? Die Frage ist berechtigt – und der Nürnberger Burkhard Schulze Darup gibt eine überzeugende Antwort. Das Thema passt haargenau zur Klimakonferenz in Paris, die kommende Woche beginnt.

NÜRNBERG – Es geht um Geld, um viel Geld – und mehrmals rund um die Welt. Von Abu Dubai nach Barcelona, nach Berlin, New York, Neu Delhi, Kapstadt und für einen kurzen Abstecher sogar nach Neumarkt: Der Autor Schulze Darup lässt seinen Thriller mit dem Titel „Grenzen der Gier“ gleich auf vier Kontinenten spielen.

Das ist vielleicht ein bisschen übertrieben, zeigt aber: Es geht um ein Problem, das die ganze Welt bedroht und überall andere Lösungen braucht. An den verschiedenen Schauplätzen treten auf: ein Psychopath, ein Killer, eine ungewöhnliche Frau – und vor allem der Berliner Markus Berger, ein Architekt mit starkem Hang zum energieeffizienten Bauen. Es handelt sich dabei unverkennbar um das Alter Ego des Autors, auch wenn der sein Büro in Nürnberg hat.

Trauer spielt eine Rolle, dazu eine unvollendete Liebe, Anschläge mit zahlreichen Toten sorgen für Spannung – doch das Wichtigste ist das Geld, das es zu verdienen gibt. Schulze Darup zeigt auf unterhaltsame und ungewöhnliche Weise, warum sich die Klimakatastrophe so schwer verhindern lässt: Da gibt es Finanzunterneh-



Legt einen gelungenen Thriller vor: Burkhard Schulze Darup. Foto: privat

men, die haben für viel, viel Geld Ölfelder gekauft. Von ihnen erwarten sie Profit, und zwar möglichst schnell und ziemlich hoch. Sie stört es natürlich, wenn Menschen plötzlich Gebäude dämmen oder aber sogar Häuser bauen, die mehr Energie liefern, als sie brauchen. Jedes von ihnen ist ein, wenn auch klitzekleines, Stolpersteinchen auf dem Weg zum erhofften Gewinn.

Das ist der eigentliche Lerneffekt, auf den das Buch abzielt: Hinter den politischen Entscheidungen stehen massive wirtschaftliche Interessen und diese Lobby versucht, sich mit allen Mitteln durchzusetzen – auch

wenn Mord in der Realität eher selten vorkommen dürfte. Sie tut das natürlich diskret, im Hintergrund, ganz anders als die Nicht-Regierungorganisationen, die sich laut und öffentlich gegen die Verursacher des Klimawandels stemmen.

Dabei, auch das macht Schulze Darup klar: Investitionen in Klimaschutz sind kein Draufzahlgeschäft – es geht um die Höhe der Renditen, die damit nur drei oder sechs Prozent betragen und nicht in den zweistelligen Bereich gehen.

Gute Planung

In der Form eines Thrillers ist das spannend verpackt – und Schulze Darup hat in einer Art Patchwork-Technik geschrieben, in vielen kurzen Szenen. Damit kann er das Tempo beliebig variieren: Am Anfang hat der Leser genug Zeit, um in den Text zu finden; gegen Ende hin steigert sich die Spannung immer mehr, wie sich das für einen ordentlichen Thriller gehört. Da zeigt sich, dass der Autor nicht nur bei Blaupausen etwas von guter Planung versteht.

Schwächen? Nur eine: Dass ein indischer Minister nach einer Intrige ausgerechnet wegen Vergewaltigung festgenommen wird, ist für ein Land doch zu stark konstruiert, in dem Rechte der Frauen in vielen Fällen praktisch nichts gelten. Das haben Bauen und Schreiben gemeinsam: Kleinere Pannen passieren, der sehr gute Gesamteindruck bleibt trotzdem.

Burkhard Schulze Darup: Grenzen der Gier, Westkreuz Verlag, 14,90 Euro

BUCHTIPP

NÜRNBERGER

Nachrichten

Herausgeber und Verleger: Bruno Schnell

Chefredakteur: Heinz-Joachim Hauck. Stellvertretende Chefredakteure: Alexander Jungkunz, Michael Husarek. Chef vom Dienst: Peter Ehler. Politik: Alexander Jungkunz; Stellvertretung: Armin Jelenik, Dieter Schwab; Reportagen: Franziska Holzschuh, Hans-Peter Kastenhuber, Arno Stoffels. Lokales Nürnberg: Michael Husarek; Stellvertretung: Martin Held, Karin Winkler; Kommunalpolitik: Andreas Franke; Lokalreportagen: Claudine Stauber. Gericht: Ulrike Löw. Wirtschaft: Klaus Wonneberger; Stellvertretung: Verena Litz. Feuilleton: Steffen Radmaier; Stellvertretung: Katharina Erlenwein, Dr. Birgit Ruf. Sport: Hans Boller, Thomas Scharrer. Metropolregion Nürnberg und Bayern: Lorenz Bonhard; Stellvertretung: Horst Auer. Außenredaktionen: Hans Peter Reitzner. Magazin am Wochenende: Gudrun Bayer; Stellvertretung: Gerhard Lauchs. Berlin: Harald Baumer; München: Roland Englisch. Springerredaktion: Leo Hilde, Elke Graßer-Reitzner. Bildredaktion: Michael Matejka; Stellvertretung: Stefan Hippel.

Anzeigenleitung: Michael Beyer, Walter Schmidt („Nordbayerische Anzeigenverwaltung GmbH“, Telefon (0911) 2160; Anzeigen-Preisliste Nr. 57 ab 1. 1. 2015).

Verlag und Druck: Verlag Nürnberger Presse Druckhaus Nürnberg GmbH & Co. KG, Postfach, 90327 Nürnberg; Marienstr. 9/11, 90402 Nürnberg, Telefon (0911) 2160 Pressehaus.

Informationen zu Abonnements: Abo-Service Telefon (0911) 216-2777, Fax (0911) 216-2533; Internet abo.nordbayern.de – Abonnementsbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 5. des laufenden Monats schriftlich im Verlag vorliegen. (Bei vereinbarter rabattierter Vorauszahlung ist eine Kündigung erst zum Ende des verrechneten Bezugszeitraumes möglich.) – Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge höherer Gewalt, Unruhen, Arbeitskämpfabmaßnahmen besteht kein Anspruch auf Schadensersatz.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos wird keine Haftung übernommen. Die gesamte Zeitung einschließlich aller ihrer Teile ist urheberrechtlich geschützt, soweit sich aus dem Urheberrechtsgesetz und sonstigen Vorschriften nichts anderes ergibt. Darunter fallen auch alle Anzeigen, deren Gestaltung vom Verlag übernommen wurde. Jede Verwertung ist ohne schriftliche Zustimmung des Verlages unzulässig. Dies gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Speicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Die Rechte für die Nutzung von Artikeln für elektronische Pressespiegel erhalten Sie über die PMG Presse-Monitor GmbH, Telefon (0 30) 2 84 93-0, www.pressemonitor.de



Für die Herstellung der Zeitung wird Recycling-Papier verwendet.

Pressehaus Zentrale: Telefon	(09 11) 2 16 0 0
Redaktion:	Fax 2 16 24 32
Leserbriefe:	Telefon 2 16 26 63
E-Mail:	nn-leserbriefe@pressenz.net
Anzeigenannahme:	Telefon 2 16 27 77
	Fax 2 16 23 26
E-Mail:	anzeigen@pressenz.net
Internet:	nordbayern.de/anzeigenaufgabe
Abonnenten-Service: Telefon	2 16 27 77
	Fax 2 16 25 33

Internet:	nn-online.de
	abo.nordbayern.de
E-Mail:	leserservice@pressenz.net